

**Sitzung des Beirats Östliche Vorstadt am 12. März 2024  
„Verkehrliche Auswirkungen Verlegung LdW – KBM“**

**Protokoll**

**Anwesend**

vom Beirat	Partei	Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt
Carola Schirmer	GRÜNE	Hellena Harttung (Ortsamtsleitung)
Alexandra Werwath		Manuela Jagemann (Protokoll)
Harald Klussmeier		Armin Willkomm (Technik)
Anke Kozlowski	SPD	Gäste
Bianca Wenke		Marion Skerra (SBMS)
Helmut Kersting	LINKE	Felix von der Lieth (SBMS)
Birgit Menz		Florian Kommer (GEG)
Nils Hesse		Nils Weller (SGFV)
Peter Kadach	CDU	Dorothea Dreizehnter (GeNo)
Klaus-Peter Jonitz		Klaus Beekmann (GeNo)
Georg von Heusinger	FDP	Daniel Seebo (SHP Ingenieure)
Stefan Schafheitlin-Derstadt	LiV	Michael Pelzl (Pelzl Mobilitätsberatung)
Aaron Teckemeier	Die Partei	Dr. Klaus Meier (Übersee-Insel-GmbH)

**Beginn:** 19:00 Uhr

**Ende:** 21:30 Uhr

**Tagesordnung:**

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Verlegung des LdW (u.a. Kardiologie inkl. der fachärztlichen Praxen) zum KBM sowie Erweiterung der Bildungsakademie – Erste Überlegungen zur Reduzierung der verkehrlichen Auswirkungen für den Stadtteil
3. Verkauf und Konzept für die „Pathologie“ auf dem Neuen Hulsberg Viertel
4. Beschluss Mittelverteilung für die Offene Jugendarbeit
5. Fragen und Wünsche aus der Bevölkerung
6. Verschiedenes

Hellena Harttung begrüßt die anwesenden Anwohner:innen, Gäste und Beiräte.

**TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

genehmigt

**TOP 2: Verlegung des LdW (u.a. Kardiologie inkl. der fachärztlichen Praxen) zum KBM sowie Erweiterung der Bildungsakademie – Erste Überlegungen zur Reduzierung der verkehrlichen Auswirkungen für den Stadtteil**

Frau Harttung leitet in das Thema ein.

Frau Skerra (Stadtplanung) und Herr von der Lieth (Verkehrsressort), beide von der Senatorin Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS), erläutern:

Der Bebauungsplan des Neuen Hulsberg Viertels (NHV) basiere auf dem Städtebaulichen Vertrag. Zur verkehrlichen Detailplanung habe das Planungsbüro SHP 2012 ein Mobilitätskonzept erstellt. Der Bebauungsplan und der Städtebauliche Vertrag seien seit

2018 rechtskräftig. Den Stellplatzbedarf des Klinikum Bremen Mitte (KBM) habe man dabei ebenfalls ermittelt. Die Ausgestaltung des NHV erfolge mit Bügelstraßen, um den Durchgangsverkehr zu verhindern und die Zielverkehre an den Rändern des Quartiers abzufangen. Das Konzept für ein autoarmes Quartier sieht dabei 0,4 PKW-Stellplätze und 2,0 Fahrradstellplätze pro Wohneinheit vor. Zur Bündelung der Verkehre sollen ein Parkhaus sowie Quartiersgaragen an den Rändern des Quartiers dienen.

Herr Beekmann (GeNo) stellt die Planungsperspektive des KBM heraus:

Die bauliche Veränderung für die Verlagerung des Klinikums LdW würden die Aufstockung von und einen Anbau an Haus 1 (der jetzigen Notaufnahme) sowie den Umbau und die Erweiterung von Haus 3 umfassen. Der Hubschrauberlandeplatz bleibe bestehen, eine Ersatzlandestelle werde derzeit gesucht. Die Intensivmedizin werde im Bestand erweitert. Entsprechend würden sich Rettungsfahrten und Notfallkontakte um ca. 50% erhöhen und es würden ca. 150 zusätzliche Hubschrauberflüge pro Jahr anfallen. Die kardiologischen Praxen würden in Haus 2 derzeit saniert und 2025 fertiggestellt. Für die Bildungsakademie sei eine Erweiterung auf dem Gelände geplant, die u.a. Haus 6, das sogenannte „Bettenhaus“ betreffen werde. Die Entwicklung und der Betrieb des Parkhauses lägen bei der GEG.

Herr Weller (Gesundheitsressort) zur Bildungsakademie:

2022 sei eine Senatsvorlage zur Verortung der Bildungsakademie in Haus 6 und Haus 7 erstellt worden. Die Planung der baulichen Ertüchtigung werde voraussichtlich 3 Millionen Euro Kosten. Voraussichtlich im April 2024 werde die Leistungsphase III abgeschlossen und eine Kostenschätzung vorliegen. Dann würde ein Finanzplan vorgelegt.

Herr Seebo (SHP Ingenieure) zur Verkehrsplanung:

Das Plus an Verkehren und die veränderte Verkehrsnutzung seit dem Jahr 2012 würden eine Fortschreibung des Mobilitätskonzeptes notwendig machen. Die Grundlagen hierfür seien die baulichen Veränderungen, aktuelle Verkehrszählungen an allen relevanten Knotenpunkten und Ausfahrten (auch des Fuß- und Radverkehrs). So sollen Spitzenwerte, die zeitliche Verteilung der Verkehre sowie eine Parkraumermittlung vorgenommen werden. Im Rahmen dieser Erhebung werden auch Rundgänge gemacht und die Auslastung von fließendem und ruhenden Verkehr überprüft. Auch Falschparkende wie auch deren Parkdauer würden dabei erfasst. Zudem würden die neu hinzukommenden Verkehre anhand verschiedener Fragestellungen berücksichtigt: Wieviel Verkehr kommt künftig dazu? Welche Verkehrsarten? Welche Nutzergruppen? Welche Wege? Welche Lieferverkehre? Welche zusätzliche Nutzung des ÖPNV? Wieviel Mischverkehr? Wieviel Fahrradverkehr? Aus diesen Verkehrsqualitäten könne eine Prognose zur Stellplatzbilanzierung für das Parkhaus ermittelt werden und abgeleitet werden, wie viele Stellplätze benötigt werden, wie viele gewidmete Stellplätze es geben muss und in welchem Umfang Mehrfachnutzungen möglich sind.

## Fragen und Diskussion:

Frau Schirmer: Wann ist mit Ergebnissen der Verkehrserhebungen zu rechnen? In der derzeitigen Bauphase werde z.B. durch die Baustelle beim Haupteingang der Verkehr behindert. Wie wird damit umgegangen?

AW Herr Seebo (SHP): Während der Bauphase soll die Anfahrt von Haus 2 über Haus 1 erfolgen. Entsprechend wird es eine Beschilderung, Orientierungssysteme und Informations-Flyer geben.

Herr Kersting: Es habe diverse Sitzungen zum Mobilitätskonzept gegeben. Von 2017 bis 2020 wären ca. 810 Stellplatzbedarfe errechnet worden. Wie seien die aktuellen Zahlen?

AW Herr Seebo (SHP): Befragungen der Besucher:innen und der Beschäftigten hätten über den Winter stattgefunden. Die Zahlen würden derzeit zusammengetragen. Mit den Ergebnissen sei im Sommer 2024 zu rechnen.

Herr Kadach: Es sei nicht viel Neues berichtet worden. Er wünsche sich konkrete Angaben. Was sei mit den Patienten aus Niedersachsen? Was werde aus dem Parkhaus? Wann kämen die Quartiersgaragen?

AW Herr Kommer (GEG): Das Parkhaus werde im 1. Quartal 2028 fertiggestellt und die Quartiersgarage Friedrich-Karl-Straße 2027. Für die Quartiersgarage Bismarckstraße bestehe der Wunsch, diese 2028 fertigzustellen. Dies sei jedoch aufgrund noch laufender Verkaufsverfahren noch ungewiss.

Herr Schafheitlin: In welchem Radius werden die umliegenden Straßen und ihrer Belastung durch das KBM berücksichtigt? Ist im Kontext von SUNRISE eine Erweiterung des Bewohnerparkens geplant? Es seien verschiedene Arten von Stellplätzen geplant, wie z.B. das Parkhaus. Wird das kostenpflichtig sein? Was passiert, wenn auf kostenfreie Parkplätze im Quartier ausgewichen wird?

AW Herr Seebo (SHP): Die direkt angrenzenden Straßen würden mit erhoben und bei den Planungen berücksichtigt. Ein Bewohnerparken werde derzeit nicht vorrangig verfolgt. SUNRISE sei ein EU-Projekt und damit eine Besonderheit. Grundsätzlich verfolge das Mobilitätskonzept das Ziel, die Verkehre zu reduzieren bzw. gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Frau Werwath: Ist eine Ausweitung des Bewohnerparkens möglich? Wie ist die Zeitplanung bis 2028. Wie ist die bisherige Umsetzung des Mobilitätskonzeptes? Wie umfänglich sind die Besucherverkehre? Was ist mit Quartiersgaragen und wie ist der Zeitplan für die Großgarage?

AW s.o.

Frau Wenke: Sind in den Bereichen Friedrich-Karl-Straße / Am langen Deich Querungsmöglichkeiten in den Planungen berücksichtigt? Wie kann man für die Nutzung von ÖPNV und Fahrrad werben? Die Wohngebiete müssten vor Suchverkehren geschützt

werden. Ist eine Haltestelle für die Straßenbahn Am Schwarzen Meer geplant oder gegebenenfalls neue Busverkehre, wie z.B. eine Verlängerung der Linie 22.

AW Herr Pelzl: Um für die Fahrradnutzung zu werben, sollen überdachte Fahrradstellplätze hergestellt werden, ein Bike-Leasing angeboten werden, sowie das Job-Ticket.

Herr von Heusinger: Mit wie vielen Hubschrauberflügen sei insgesamt zu rechnen?

AW Herr Seebo (SHP): Bisher habe es ca. 300 Hubschrauberflüge gegeben. Man müsse mit 150 zusätzlichen rechnen, also mit insgesamt ca. 450 Anflügen pro Jahr.

Frau Hartung: Welche Auswirkungen werden für die Kreuzung St-Jürgen-Straße erwartet? Die Kapazitäten dieser Kreuzung würden erheblich stärker belastet. Es seien auch die Lieferverkehre am Knotenpunkt St-Jürgen-Straße / Am Schwarzen Meer prognostisch zu betrachten – wie aber auch die große Anzahl an zusätzlichen Mitarbeitenden. Zudem müssten die Klinikverkehre auch in umliegenden Gebieten ermittelt werden. Eine übermäßige Belastung könne vermieden werden durch Bewohnerparken.

AW Pelzl: Die Befragungen von Mitarbeiter:innen und Gästen habe man bereits durchgeführt. Die Befragungen von Beschäftigten und Nutzer:innen in den Quartieren sei sehr aufwendig.

Anwohner:in 1: Eine Seilbahn, vom Kuhhirten über das Weser Stadion bis zum Hauptbahnhof, sei eine gute Lösung für die aufgezeigten Probleme.

AW von der Lieth: Für eine Seilbahn gäbe es keine Planungen.

Herr Böhme (Sachkundiger Bürger LiV): Weist darauf hin, dass 450 Hubschrauberflüge, wenn man Hin- und Rückflüge berücksichtige, ja eigentlich 900 seien.

Anwohner:in 2: Mit wie vielen zusätzlichen Rettungsfahrten ist durch die Verlegung des LdW zu rechnen und wo liegt laut der Erhebung die Grenze dessen, was das Verkehrssystem vor Ort aufnehmen könne?

AW Beekmann: Es werde mit 22 zusätzlichen Rettungsfahrten täglich gerechnet.

Anwohner:in 3: Wenn das Parkhaus im zweiten Quartal 2028 fertig sein soll. Was wird wann hierfür abgerissen und wann wird verkauft?

AW: Zum Parkhaus gäbe es noch keine Bauzeitenpläne, weder für Abbruch, noch für den Neubau. Eine Rückwärtsplanung ergäbe sich aus der Zielplanung. Die Abbruchplanung werde 2024 beauftragt. Das Bettenhaus bleibe bestehen. Die angrenzenden Gebäude seien abzubrechen.

Herr Allnoch (Sachkundiger Bürger FDP): Wurden bei der Bedarfsermittlung die durch das Verbot des aufgesetzten Parkens wegfallenden Plätze berücksichtigt?

AW: Felix von der Lieth: Bei den Bedarfsermittlungen wurden ausschließlich legale Stellplätze berücksichtigt.

Frau Wenke: Der Schutz der angrenzenden Gebiete durch das Bewohnerparken sei wichtig. Sie fordere weiter: eine neue Buslinie, eine Haltestelle Am Schwarzen Meer, die Begrünung von Fassaden, und die Begrünung oder Photovoltaik-Nutzung von Flachdächern.

AW Felix von der Lieth: Bezüglich eventueller Anpassungen einer Buslinie könnten die Ergebnisse des Gutachtens ausschlaggebend sein.

AW: Die neuen Vorgaben zu Gründächern und Photovoltaikanlagen würden durch die Bauplanung berücksichtigt. Die Hubschrauberflüge würden sich negativ auf Photovoltaikanlagen auswirken. Technische Aufbauten würden Dachbegrünungen verhindern.

Frau Harttung: Das Mobilitätskonzept des KBM habe eine lange Entstehungsgeschichte und plötzlich gäbe es eine neue Entwicklung durch die Verlagerung des LdW. Ist es realistisch, dass der Stadtteil zusätzliche Verkehre aufnehmen kann?

AW: Die Mobilität hätte sich verändert. Es erfolge eine Steuerung durch Anpassung. Ein Prozess durch Weiterentwicklung. Die Ergebnisse des Gutachtens seien Grundlage für das Maßnahmenpaket. Dies würde kritisch durch SBMS begleitet.

Anwohner:in 4: 2012 hätten 269 Planbetten zur Verfügung gestanden und 2024 gebe es in etwa die gleiche Bettenzahl – allerdings mit kürzeren Liegezeiten. Wie wird das einkalkuliert?

AW: *nicht erfolgt*

Frau Harttung: Warum werden nicht im LDW sowie auch in kleinem Stile im KBM – Herzkatheterisierungen angeboten? Dann wäre das KBM Maximalversorger, ohne größeren Aufwand.

AW Frau Dreizehnter (GeNo): Es gebe zu wenig Fachpersonal für zwei Standorte und zu wenig Finanzmittel. Die Bündelung der Fachabteilungen sei das (politische) Ziel. Das Herzzentrum sei mehr als Herzkatheter Untersuchungen. Die Abteilung soll ganzheitlich zusammenbleiben und modernisiert werden.

Anwohner:in 5: Es gebe bei den kardiologische Praxen einen hohen Anteil ambulanter Patient:innen, ca. 45.000 pro Jahr. Die zusätzlichen Mitarbeitenden würden auch 50% zusätzliche Verkehre bedeuten, wie auch über täglich 30 zusätzliche Rettungsfahrten aus dem niedersächsischen Umland.

AW Herr Seebo (SHP): Er habe Erfahrungen mit der Medizinischen Hochschule Hannover. Der Verkehr bei Krankenhäusern wäre stark standortabhängig. Die Arbeitszeiten könnten flexibler gestaltet werden. Eine Zunahme ambulanter Versorgung sei festzustellen. Das Verhalten der Beschäftigten hätte sich ebenfalls verändert. Es würden weniger Pkw und mehr Fahrräder genutzt werden.

Anwohner:in 6: Es müsse der Ausbau des ÖPNV vorangetrieben werden. Hat man bei der Erhebung das Halteverbot in der kleinen Bismarckstraße einkalkuliert? Die Taxen würden zudem auf dem Radweg vor Haus 2 halten.

AW Herr von der Lieth: Der Bestand werde aufgenommen. Es gebe eine Verringerung der Verkehre von 10%. Die Kleine Bismarckstraße habe man berücksichtigt.

Anwohnerin 2: Wie ist die Finanzierung der Transformation der GENO?

AW Frau Harttung: Das ist nicht das Thema der Sitzung.

Frau Wenke: 1.100 Beschäftigte des LdW müssen mit einbezogen werden.

AW Herr Pelzl: Dies habe man berücksichtigt. 60% der neuen Mitarbeiter:innen würden in einer Entfernung wohnen, die mit dem Fahrrad erreicht werden könne.

Frau Harttung schließt den Tagesordnungspunkt. Die Befassung mit dem Thema würde bald nach den Sommerferien mit fundierten Daten fortgesetzt.

### **TOP 3: Verkauf und Konzept für die „Pathologie“ auf dem Neuen Hulsberg Viertel**

Frau Harttung leitet in das Thema ein:

Die soziale, kulturelle und öffentliche Nutzung der „Pathologie“ sei von Beginn an das Interesse des Beirats. Die Forderung nach einem hohen Konzeptanteil im Bieterverfahren sowie die zweimalige Forderung nach einem Verkaufsstopp seien entsprechend gefolgt.

Herr Kommer (GEG) stellt das Ergebnis des Bieterverfahrens vor:

Für ein erstes Bieterverfahren im Mai 2023 habe man den Verkehrswert auf 2 Mio. € festgelegt und zusätzlich die Erfüllung einiger Auflagen gefordert. Dazu gehörte unter anderem die Zugänglichkeit des Hörsaals, eine gastronomische Nutzung und die Unterbringung eines Quartiersvereins. Für diese Ausschreibung habe es keine Angebote gegeben. Daraufhin habe man den Verkehrswert auf 950.000 Euro reduziert und aus den Auflagen Verhandlungspunkte gemacht. In der Folge habe man vier Angebote erhalten. Das Auswahlgremium, bestehend aus Bauressort, GEG, GeNo, und Ortsamt, habe einem Angebot die Höchstpunktzahl gegeben. Die Übersee-Insel-GmbH, vertreten durch Herr Dr. Meier habe den Zuschlag erhalten. Das Beteiligungsrecht des Beirats zu dieser Auswahl wird heute wahrgenommen.

Herr Dr. Meier (Übersee-Insel-GmbH) stellt das Projekt vor:

Das Konzept sei mit dem Architekturbüro ROBERTNEUN aus Berlin entwickelt worden. Das Konzept habe man als Quartiersbestandteil vom Gebäude gedacht und nicht von der Nutzung. Die Pathologie habe man im Laufe der Jahre stark verbaut. Es gebe viele Bauschäden. Es soll versucht werden, das Gebäude auf den baulichen Ursprung zurückzuführen und den historischen Kern des Gebäudes wieder herauszuschälen. Der ökonomische Grundriss und die alte Raumstruktur sollen wiederhergestellt werden. Wände und Decken werden herausgenommen. Die wiederentstehenden Räume würden sich beispielsweise für Co-Working, Gastronomie, eine Nachbarschaftsbibliothek, eine Theaterkappelle, Proberäume, Ateliers oder Werkstätten eignen. Zunächst soll das Gebäude aber wiederhergestellt werden. Dann sollen die Nutzungen gemeinschaftlich erarbeitet werden und sichergestellt werden, dass das Gebäude die gewünschte Quartiersfunktion darstellt. Die Kosten seien noch unklar, aber im Fall dieses Projektes auch gar nicht so vordergründig.

## Fragen/Diskussion

Herr Kersting: Er sei positiv überrascht und bereit dem innovativen Investor Vorschusslorbeeren zu geben.

Frau Schirmer: Das Projekt sei eine gute Perspektive für den Stadtteil.

AW Herr Dr. Meier (Übersee-Insel-GmbH): Der Kaufpreis stehe immer im Verhältnis zu den erforderlichen Investitionen. In diesem Fall laste eine große Verantwortung auf den Schultern des Investors.

Frau Hartung: Die formulierten Auflagen an die Funktionen der Pathologie seien Anforderungen aus dem Stadtteil und der Ergebnisse der Bürger:innenbeteiligung.

Frau Wenke: Das Projekt sei ein großer Erfolg für den Stadtteil. Ein Ort für Begegnung fehle im NHV. Wie sollen der Betrieb und die Kosten geregelt werden? Wird es ein Betreibermodell? Gibt es einen Zeitplan?

AW Herr Dr. Meier (Übersee-Insel-GmbH): Der Umbau werde mehr als 2 Mio. € kosten. Die Nutzungen ergäben sich und vielleicht werde es sich auch rechnen. Er hoffe auf Wechselwirkungen / Synergieeffekte zur Übersee-Insel. Der verstorbene Klaus Hübötter habe gute Ideen gehabt - er wäre ein Vorbild, hierbei blicke er speziell auf die Entwicklung des Speicher XI.

Anwohner:in 7: Sie habe einen offenen Brief für eine „Pathologie“ mit öffentlicher Nutzung verfasst. Im Beteiligungsverfahren hätte man Anforderungen entwickelt. Dies sollten weiter konstruktiv und kritisch begleitet werden. Wie sieht das Konzept aus und wie soll es sich rechnen? Sie sei nicht begeistert über den Verkauf, sie hatte auch eine Vergabe nach Erbbaurecht gefordert.

AW Herr Dr. Meier (Übersee-Insel-GmbH): Erbbaurecht sei kein Problem gewesen (z.B. Ellener Hof).

Anwohner:in 8 (Vertreter des SPD-Ortsvereins): Er freue sich über den Verkauf. Gibt es einen Verein oder eine Struktur zum Betrieb?

AW Herr Dr. Meier (Übersee-Insel-GmbH): Möglicherweise könnte ein Quartiersverein als Betreiber des Gebäudes gegründet werden. Gegebenenfalls käme eine Mischkalkulation (Subventionierung durch teilweise hochpreisige Vermietung) in Frage.

Herr Böhme (LiV): „Villa Kunterbunt“? – diesen Namen fände er interessant.

⇒ Positionierung des Beirats: einstimmige Zustimmung

## TOP 4: Beschluss Mittelverteilung für die Offene Jugendarbeit

Frau Schirmer und Herr Kersting erklären gemeinsam:

Die Finanzierung der offenen Jugendarbeit sei seit Jahren nicht auskömmlich. Vor dem Hintergrund der Inflation erfolge de facto eine Kürzung. Dies führe schon jetzt dazu, dass die

Träger Angebote reduzieren müssen. Es drohe noch schlimmeres, wenn die Offene Jugendarbeit nicht entschlossen unterstützt werde.

⇒ Abstimmung über den Beschlussvorschlag (siehe Anhang): einstimmige Zustimmung

### **TOP 5: Fragen, Wünsche und Anregungen aus dem Stadtteil**

Anwohner:in 1: Wie sei der Sachstand in der Humboldtstraße 94. Das Haus stehe leer. Ist eine Nutzung geplant? Gibt es Probleme mit Immobilien Bremen oder der Bauordnung?

AW Frau Harttung: Die letzte Anfrage vom Ortsamt war im Januar, sie werde erneut gestellt.

### **TOP 6: Verschiedenes**

Beschlussvorschlag „Schulstraßen“:

Der Beirat Hemelingen bittet einen Unterstützungsbeschluss zum Thema Schulstraßen.

Beschluss mit einem Prüfauftrag an SBMS wird zur Abstimmung gebracht

⇒ Abstimmung über den Beschlussvorschlag (siehe Anhang): mehrheitliche Zustimmung

**Sitzung beendet.**

**Vorsitz**

Hellena Harttung

**Sprecher:in Beirat ÖV**

Carola Schirmer

**Protokoll**

Manuela Jagemann, Mjügan Metin





## **Gemeinsamer Beschluss der Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt**

zur

### **Mittelverteilung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit**

vom 05. bzw. 12. März 2024

Die Sozialdeputation hat in ihrer Sitzung am 8. Februar 2024 die Anträge der Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt, wie auch ähnlich lautende Anträge vieler weiterer Beiräte Bremens hinsichtlich einer verbesserten finanziellen Ausstattung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit abgelehnt.

Die Notwendigkeit, eine auskömmliche Finanzierungsgrundlage für die Offene Kinder- und Jugendarbeit zu schaffen, bleibt aus Sicht der Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt trotz des im Rahmen der Haushaltsberatungen angekündigten 7%-tigen Inflationsausgleichs auf alle Stadtteilbudgets bestehen.

#### Beschluss:

Bezugnehmend auf die Beschlüsse der Beiräte Obervieland, Osterholz und Horn-Lehe beantragen auch die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt eine Beratung in der Stadtbürgerschaft nach §11 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG) zum Sachverhalt der Mittelverteilung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen.

*Der Beirat Mitte  
5. März 2024*

*Der Beirat Östliche Vorstadt  
12. März 2024*

Gemeinsamer Beschluss der  
Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt  
vom 28. Februar bzw. 12. März 2024

zu

**Schulstraßen für Bremen**

Schulstraßen sind Straßenabschnitte im Umfeld von Schulen, die zeitweise oder dauerhaft für den Autoverkehr gesperrt werden können. Meist werden sie zu Beginn des Schultages gesperrt, wenn neben dem Berufsverkehr auch das größte Anfahrts-Chaos herrscht. Außerdem kann es zum Schulschluss eine weitere Sperrung geben. Diese wird durch Fahrverbotschilder aktiviert, oder auch durch Schranken oder Poller, die den Straßenabschnitt dichtmachen.

Schulstraßen machen den Schulweg sicherer, indem sie Autos dort fernhalten, wo es besonders gefährlich wird. Sie sind in vielen Staaten der EU bereits seit längerem etabliert. In Deutschland gibt es Schulstraßen dagegen bislang nur vereinzelt im Rahmen von Verkehrsversuchen. Das liegt daran, dass bei vielen Kommunen in Deutschland Unsicherheit herrscht, ob sie Schulstraßen einführen dürfen und welche juristischen Hürden es dabei zu überwinden gilt. Der Beirat Hemelingen möchte daher prüfen lassen, ob die Einrichtung von Schulstraßen in Bremen rechtlich ermöglicht werden kann. Diesem Beschluss möchten sich die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt anschließen.

Beschluss:

Bezugnehmend auf den Beschluss des Beirats Hemelingen vom 22. Januar 2024 zur Einrichtung von Schulstraßen, fordern die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf grundsätzlich zu prüfen, ob in Bremen die Einrichtung von Schulstraßen rechtlich ermöglicht werden kann.

Der Beschluss wurde im Fachausschuss für Soziales, Bildung und Kultur des Beirats Mitte einstimmig und im Beirat Östliche Vorstadt mehrheitlich gefasst.

Der Fachausschuss für Soziales, Bildung und Kultur des Beirats Mitte  
vom 28. Februar 2024

Der Beirat Östliche Vorstadt  
vom 12. März 2024